



**University of  
Zurich<sup>UZH</sup>**

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2014

---

**«Meuterei am Gotthard»: die Schweizer Armee zwischen  
preussisch-deutschem Erziehungsdrill und sozialistischer Skandalisierung**

Jaun, Rudolf

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-100668>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Jaun, Rudolf (2014). «Meuterei am Gotthard»: die Schweizer Armee zwischen preussisch-deutschem Erziehungsdrill und sozialistischer Skandalisierung. In: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick. 14/18 : die Schweiz und der Grosse Krieg. Baden: Hier und Jetzt, 20-47.

# «Meuterei am Gotthard»

Die Schweizer Armee zwischen preussisch-deutschem Erziehungsdrill  
und sozialistischer Skandalisierung

Rudolf Jaun

1



Am Beispiel der «Meuterei am Gotthard» soll im Folgenden gezeigt werden, wie die Schweizer Armee nach 1915 zunehmend mit Widerwärtigkeiten des Dienstbetriebs konfrontiert wurde und Probleme mit der Aufrechterhaltung der Truppendisziplin bekam. Die Armeeführung ging diese Probleme mit der immer gleichen Therapie der Soldatenerziehung an, sah sich dabei einer zunehmend schärferen politischen Skandalisierung durch die sozialdemokratischen Zeitungen ausgesetzt und versuchte, auf die Deutungshoheit in der Presse und im Parlament Einfluss zu nehmen. Zugleich soll gezeigt werden, wie diese Skandalisierung die Stigmatisierung des Offizierskorps als angebliches Instrument der militärischen und gesellschaftlichen Klassenherrschaft des Bürgertums ins Zentrum rückte. In den vielfältigen Facetten dieser Vorkommnisse kommen die sich während der Mobilmachung 1914–1918 zuspitzenden Problemlagen der Schweizer Armee wie unter einem Brennglas zusammen. Mehr noch: Sie sind Ausdruck der sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verschärfenden Grundproblematik einer Milizarmee, die mit der Bewaffnung und Organisation der stehenden Wehrpflichtsarmeen Europas mithalten wollte und sich in der Kampfweise und Ausbildung am deutschen Kaiserheer orientierte.<sup>1</sup>

Diese neue Orientierung wurde mit dem 1914 vom Parlament zum Oberbefehlshaber der Armee gewählten Ulrich Wille identifiziert. Seine eiserne Verteidigung militärischer Zuständigkeiten und Prinzipien gegenüber gesellschaftlichen und politischen Gesichtspunkten wurden seit der Mobilmachung 1914 als «System Wille» bezeichnet. Seit den 1890er-Jahren hatte die «Neue Richtung» im Offizierskorps eine immer grössere Anhänger-schaft gewonnen, der die «Nationale Richtung» gegenüberstand, die sich für republikanisch-nationale Prinzipien der Kampfführung und Ausbildung von Offizieren und Soldaten stark machte und dem *Erziehungsdrill* der Neuen Richtung das *funktionale Exerzieren* gegenüberstellte. Nach der Jahrhundertwende machte sich eine dritte Richtung im schweizerischen Militärdiskurs bemerkbar, welche die Milizarmee aus einer anarchistisch-marxistisch-pazifistischen Position heraus zunehmend als Klassenarmee denunzierte und jegliche Ordnungsdienst-Einsätze als gegen sich gerichtet ablehnte.<sup>2</sup> In der «Meuterei am Gotthard» trafen diese drei Orientierungen paradigmatisch aufeinander; eine Konstellation divergierender Positionen, die sich im Rahmen des Landesstreiks weiter akzentuierte, wobei die Nationale Richtung an den Rand gedrängt wurde.<sup>3</sup>

1

Nach zehnmonatigem Aktivdienst wird das Urner Bataillon 87 im Mai 1915 von den Bewohnern in Altdorf herzlich empfangen und mit Ehrbezeugungen bedacht.

## **Die «Meuterei am Gotthard»:**

### **Straftatbestand und Urteil**

Am 24./25. Juli 1917 hielt das Divisionsgericht 5a in Andermatt fest, dass die Korporäle Kunz, Muheim, Aschwanden und Schaffner am 4. Juni 1917 dem Befehl von Oberleutnant Rudolf, sich abends acht Uhr in auf der Abdeckung der Kaserne Bühl zu einer Instruktionsstunde über den Wachtdienst einzufinden, keine Folge geleistet hätten. Stattdessen seien sie im Restaurant zur Teufelsbrücke geblieben, hätten «ferner die durch Ordonnanz Arnold überbrachte Bestätigung dieses Befehls missachtet» und seien «nach dem Eintreffen des Oberleutnant Rudolf im genannten Restaurant zunächst sitzen geblieben». Damit – so das Divisionsgericht – hätten sie «sich der öffentlichen und beharrlichen Widersetzung gegen einen an sie besonders gerichteten Dienstbefehl schuldig gemacht» und damit den Tatbestand der Insubordination erfüllt.<sup>4</sup> Bestraft wurden die vier Unteroffiziere mit zwei bis fünf Monaten Gefängnis, Degradierung und der Einstellung des Aktivbürgerrechts für ein bis zwei Jahre. Zu bemerken ist, dass die vier Unteroffiziere sich in der «Teufelsbrücke» betranken und durch eine Eskorte mit geladenen Gewehren und aufgepflanztem Bajonett zur Kaserne geführt wurden. Dort attackierte einer der Korporäle den Oberleutnant, worauf alle in Arrest gesteckt wurden.

Zu einer zweiten strafwürdigen Szene kam es anschliessend im Mannschaftstrakt der Kaserne Bühl, als sich das Zimmer Nr. 37 unter dem Wortführer Füsilier Zahnd dem Abendverlesen und der Nachtruhe verweigerte: «Jetzt git's kei Abigverläse, mir sind bereit, das sind gueti Unteroffizier vo üsere Kompanie, die müend use [...] die beste Unteroffizier nimmt me üs weg, das lömmer is nüd la gfalle, mer mönd die ge befrie, bevor die Unteroffizier dusse sind, git's eifach kei Ruhe.»<sup>5</sup> Manche Kameraden unterstützten Zahnd in Unkenntnis des illegalen und unfreiwillig beendigten Ausflugs ihrer Unteroffiziere ins Restaurant Teufelsbrücke.

Das Divisionsgericht hielt bei Zahnd den Tatbestand der Aufwiegelung zu einem Aufruhr für erfüllt.<sup>6</sup> Zahnd erhielt für diese und eine weitere Insubordina-

tion eine Gesamtstrafe von sieben Monaten Gefängnis und zwei Jahren Einstellung des Aktivbürgerrechts. In seinem Urteil kam das Divisionsgericht allerdings auch zum Schluss, dass lediglich ein einziger Mann im strafrechtlichen Sinn gemeutert habe und dass für die Strafzumessung wesentliche mildernde Umstände in Betracht zu ziehen seien. Umstände, welche für die Kommentierung und Skandalisierung in der Presse wie auch für die Reaktion von General Wille von zentraler Bedeutung waren: «[...] im weiteren strafmildernd [ist] zu berücksichtigen, dass in diesem Instruktionskurse allgemein eine gewisse Missstimmung unter der Mannschaft herrschte, welche zum grössten Teil auf die nicht ganz einwandfreie Behandlung durch den Komp. Kommandanten, Oberlt. Rudolf, zurückzuführen war, der die Mannschaft und im Cadrevorkurs auch die Unteroffiziere häufig mit «Du» anzureden pflegte und denselben gegenüber auch die Entstellung ihrer Namen, z. B. Kunzli, Schaffnerlie, Bürschteli eine gewisse Geringschätzung bezeugte [...] Auch war es nach der Ansicht des Gerichts unter diesen Umständen nicht richtig, die fragliche Theoriestunde am 4. Juni auf abends 8 Uhr, also auf die freie Zeit, zu verlegen.»<sup>7</sup>

Angesichts des alles andere als militärischen, eher schwankhaften Verhaltens der Unteroffiziere und der Füsiliere zog niemand in Zweifel, dass Strafen ausfällt wurden. Das Verhalten der Verurteilten und des kommandierenden Oberleutnants evozierten jedoch Fragen nach dem Zusammenhang zwischen der Handlungsweise des Vorgesetzten und der Unterstellten und danach, ob nicht auch Oberleutnant Rudolf ein zwar nicht strafrechtliches, aber doch dienstliches Fehlverhalten zuzuschreiben war – ein Fehlverhalten, welches seit langem als Stereotyp wahrgenommen und dem «System Wille» zugerechnet wurde.

### **Die Intervention von Major Hans Enderli im «Grütli»**

Drei Tage nach dem Urteil des Divisionsgerichts erschien im «Grütli», dem Parteiblatt des mit der Sozialdemokratischen Partei fusionierten Grütlivereins, ein Artikel unter dem Titel «Antimilitarismus





*Restaurant Schöllenschlucht.*

2



Kriegskaserne bei Andermatt.

3



*Friedenskaserne bei Andermatt.*

4

2

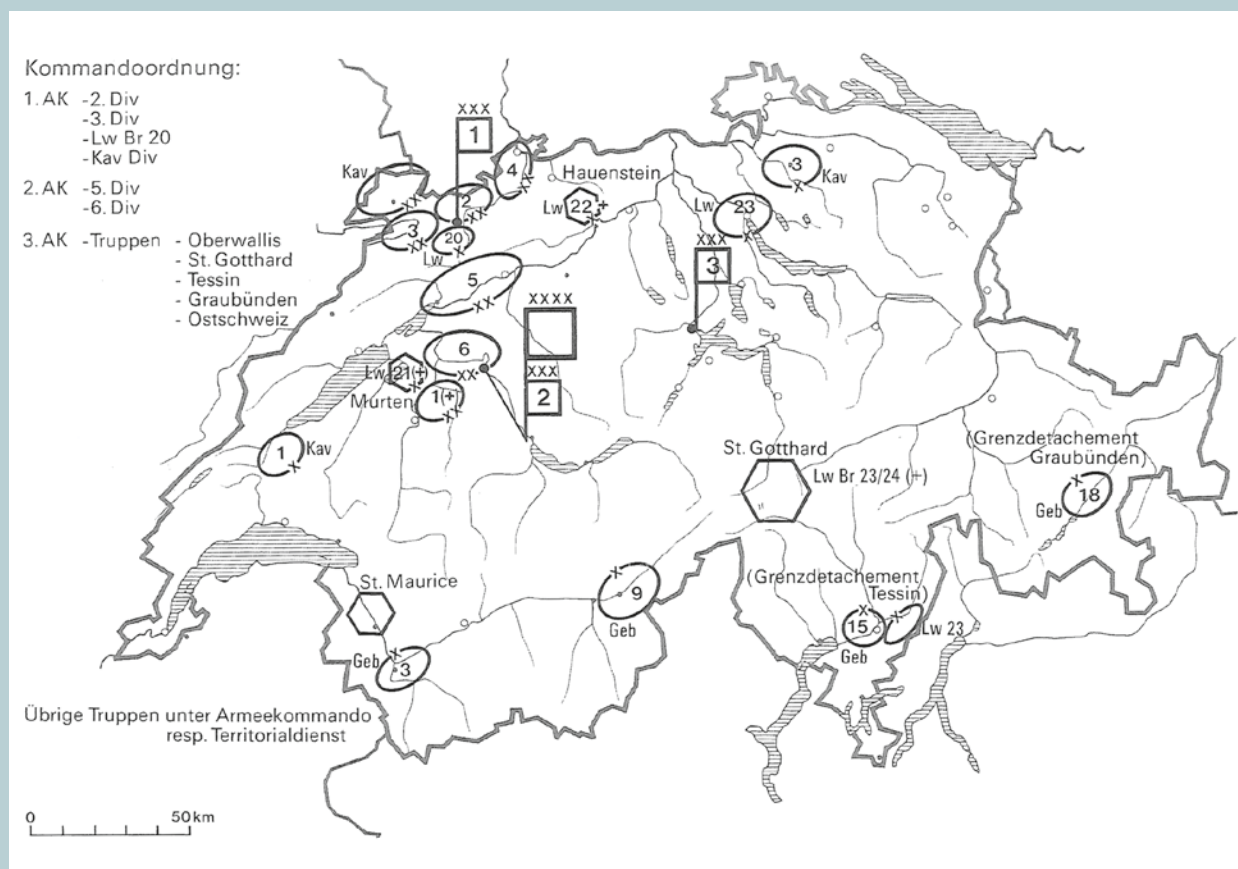
Im Restaurant Schöllenschlucht bei der Teufelsbrücke begann 1917 die schwankhafte «Meuterei am Gotthard». Hier betranken sich vier Unteroffiziere aus widerständigem Protest gegen ihren Oberleutnant und verpassten dadurch eine als Schikane interpretierte Instruktion zum «Wachtdienst» auf der Abdeckung der Festung Bühl.

3

In der Kriegskaserne des Artilleriewerks Bühl am Ausgang der Schöllenen spielte sich der Hauptakt der «Meuterei am Gotthard» 1917 ab.

4

In die Friedenskaserne Altkirch wurde der einzige 1917 im Militärjustizfall «Meuterei am Gotthard» wegen Meuterei verurteilte Füsilier Zahnd verbracht, der sich zuvor mit den arrestierten Unteroffizieren solidarisiert hatte.



Karte 1

Am 31. Juli 1914 beschloss der Bundesrat, die gesamte Armee ab dem 3. August 1914 einrücken zu lassen. Am Tag darauf wurden Mobilmachungs-telegramme an die Kantone verschickt, in der ganzen Schweiz Mobilmachungsplakate aufgehängt, Kirchenglocken geläutet, Gemeindetrommler und Ausrufener durch die Dörfer geschickt und die dienstpflichtigen Sennen von den Alpen geholt. Während dreier Tage rückten die Truppen auf den Mobilmachungsplätzen der Kantonsbezirke ein. Pferde wurden herbeigeführt und gemustert, Fahrzeuge, Kanonen, Munition, Zelte und kollektive Ausrüstungsgegenstände in grosser Zahl gefasst. Das Parlament genehmigte die erste Generalmobil-machung in der Geschichte der Schweiz und wählte einen Oberbefehlshaber: General Ulrich Wille. Nach drei Tagen marschierten die Formationen von den Besammlungsplätzen ab und erreichten am sechsten Mobilmachungstag die Mobilmachungs-aufstellung der Armee. Sie erstreckte sich vom Waadtland über den Jurasüdfuss bis ins Toggenburg,

im Süden wurden nur die Transversalen besetzt – kein Dispositiv, um einem möglichen Gegner entgegenzutreten. Die Frage, wie sich die Schweizer Armee aufstellen sollte, fiel der Armeeführung leicht: Abmachungsgemäss traf aus Berlin das Telegramm «ante portas» ein. Der deutsche Generalstabschef Moltke d. J. meldete: Der Schlieffen-Plan wird ausgelöst – die deutsche Armee greift Frankreich über Belgien an. Mit einem französischen Entlastungsangriff über Schweizer Territorium war damit zu rechnen; die Armee wurde im Westen konzentriert, und im Jura wurde ein Schwergewicht gebildet. Mit dem Scheitern des Schlieffenplans und dem Übergang zum Grabenkrieg an der Westfront ergab die Lagebeurteilung der Armeeführung: Ein Entlastungsangriff über Schweizer Gebiet bleibt möglich, kann aber nicht überraschend und unerkannt erfolgen. Um diese Eventualität zu beobachten und die Neutralität des schweizerischen Grenzgebiets zu überwachen, brauchte es nicht die ganze Armee. Zwei Drittel der mobilisierten Bestände wurden

entlassen, und die Armee ging in einen *Ablösungsdienst* über, der bis zum November 1918 anhielt. Im August 1914 erreichten die Bestände einen absoluten Höchststand von 238 000 Mann und 50 000 Pferden. Vom September 1914 bis März 1915 sank der Bestand auf 58 000; im April 1917 erreichte er nach intensiven Debatten noch einmal 104 000 Mann, um im Oktober wieder auf rund 36 000 abzusinken. Im November 1918 wurde im Zusammenhang mit dem Generalstreik für wenige Tage noch einmal ein Bestand von 110 901 Mann erreicht. Welche Truppenkörper wieder in Dienst genommen werden sollten und das Ausmass der temporären Aufstockungen des Armeebestandes waren während der ganzen Kriegsdauer ein Zankapfel zwischen Bundes-

rat, Oberbefehlshaber und den Kantonen – und bald auch ein Tummelfeld parteipolitischer Querelen. Seit 1917 nahmen die Bereitstellungen für *Ordnungsdiensteinsätze* zu. Linke Krawalle und Manifestationen führten in Zürich dazu, dass in der Stadt und den Vororten stets ein Bataillon stationiert wurde. Im November 1918 drängte General Wille den Bundesrat zu einer präventiven Einschüchterungsaktion und liess insgesamt acht Regimenter in und um Zürich aufmarschieren, was einen Proteststreik auslöste und unter Druck der linksradikal beherrschten Arbeiterunion Zürich schliesslich zum Landesgeneralstreik führte.

Rudolf Jaun

#### Karte 1

Das Armeedispositiv nach der Konzentration vom 12. August 1914. Quelle: Rapold, Der Schweizerische Generalstab, 273.





5

# Pikettstellung der Schweizerischen Armee.

Gemäss Beschluß des Bundesrates ist die ganze Armee:  
**Auszug, Landwehr, Kantonnirte, Mobil-  
machungspersonal, Territorial-, Etappen-  
und Eisenbahndienst**  
**auf Pikett gestellt.**

Wie die Schweizer Armee hat bereit zu machen, um un-  
terstützt einzusetzen zu können, wenn ein Ruf kommt erhebt.  
Die auf Pikett gestellten Offiziere und Mannschaften dürfen  
keine Beschränkung der persönlichen Willkürfreiheit nicht mit  
Wahlrecht belegen.

Während, die der Verwaltung und persönlichen Freiheit  
im Zughaus befreit hat, hat sie selbst ganz freien Verkehr  
den Zughausverwalter hat Dienstverpflichtung zu stellen.  
Offiziere und Mannschaften haben die Freiheit der  
persönlichen Freiheit (Bewegung, Wohnung u. Aufenthalt)  
und ihrer Dienstverpflichtung zu stellen. – Sie haben für al-  
lenfalls nötige Organisation zu sorgen und ihr Dienst bereit zu  
stellen. Der Ruf der Armee ist von Zugführern hat jetzt  
zu gründen und nicht erst, wenn das Befehl befolgt ist.

## Wagen- u. Pferdestellung

Die Bewachung der in der Wagengrenze eingetragenen  
Wagen führt durch die gemeinderechtlichen Wohnausgangs-  
berechtigten

**Samstag den 1. August 1914, von nachm. 2 Uhr an**  
bei den der Befehl steht hat und es ihm die Befehle  
bereit zu stellen.

**Hittfelden, den 31. Juli 1914.**

**Im Auftrage der Militärdirektion des Kantons Zürich:**  
**Der Gemeinderat.**

Bildnachricht 3. Militärdepartement, Zürich 1914.

6

5  
Damit die Mobilmachung Anfang August 1914  
ungestört vor sich gehen konnte, wurden  
unverzüglich lokale Landsturmformationen  
aufgebildet und mit der Bewachung von  
sensiblen Infrastrukturen – wie hier dem  
Bahnhof Zürich – betraut.

# Kriegs-Mobilmachung

Durch Verfügung des Bundesrates ist die Mobilmachung der Schweizerischen Armee  
angeordnet.

## I. Mobilmachungstag ist Montag 3. August

Eingezogen haben: alle Divisionen, die Stellungsbefehlungen, alle Armeetruppen von  
Auszug und Landwehr sowie alle Spezialtruppen des Landsturms.

**Schaffhausen, 1. August 1914.**

Namens des Stadtrates:  
Der Stadtpresident:  
**Dr. C. Spahn.**

7

6  
Um die Mobilmachung ohne Verzögerungen  
durchführen zu können, wurde die Schweizer  
Armee am 31. Juli 1914 gleichzeitig mit dem  
Generalmobilmachungsbeschluss auf Pikett  
gestellt.

7  
Am 1. August 1914 wurde die Generalmobil-  
machung von Bern aus den Kantonen durch  
Telegramme mitgeteilt, welche die Mobil-  
machung durch den vorbereiteten Plakat-  
aushang kommunizierten. Der erste Mobil-  
machungstag war der 3. August 1914.





8



9

8

Um die Kohärenz der Truppenkörper und die Verbundenheit mit dem Volk zu dokumentieren, wurde nach Abschluss der Mobilmachungsarbeiten und bei Entlassungen aus den Ablösungsdiensten vor den verantwortlichen Kommandanten defiliert.

9

Die Verschiebung der Truppen in das Armee-dispositiv im Nordwesten der Schweiz erfolgte grösstenteils per Bahn.





10



11

10

Nach Ende der ersten Aktivdienstperiode stellten sich die Stabs- und Kompanieoffiziere des Urner Füsilierbataillons 87 im Mai 1915 vor dem Hotel Schlüssel in Altdorf für eine Erinnerungsfotografie auf. Die schmucklosen, zerknitterten Uniformen der alten farbigen und der neuen feldgrauen Ordonnanz kennzeichnen die Offiziere der Milizarmee.

11

Korporäle und Wachtmeister der 2. Kompanie des Urner Bataillons posieren für eine Erinnerungsfotografie, die durch einen gewerbmässigen Fotografen aufgenommen wurde, wie die mobil einsetzbare Tafel «Grenzbesetzung 1914» zeigt.

unten – Antimilitarismus oben», gezeichnet von Dr. Hans Enderli, grütlisch-sozialdemokratischer Rechtsanwalt, Inhaber einer Presseagentur, aber auch Major und aktiver Kommandant einer Fahrenden Mitrailleur-Abteilung. Enderli war amtlicher Verteidiger der Unteroffiziere und des Füsiliers Zahnd gewesen und stellte das Verhalten von Zahnd und Rudolf gegeneinander: «Füsilier Zahnd, der Anführer dieser kleinen «Revolt», erwies sich als ein durchaus harmloser, ungefährlicher Antimilitarist, der unzweifelhaft das Opfer systematischer Aufhetzung und gewissenloser antimilitaristischer Propaganda geworden war. Ihm ward selbst ganz wirr im Kopfe, als er zur Begründung seines Verhaltens von Begriffen: Sozialdemokratie, Solidarität, Kapitalismus, Imperialismus und Antimilitarismus redete [...] Das Gegenstück zu ihm war sein Vorgesetzter, Oberleutnant Max Rudolf aus Zürich, [...] ihm mag [...] ab und zu die bittere Selbsterkenntnis aufgestiegen sein, dass in Tat und Wahrheit er selbst auf der Anklagebank sitze, und dass über ihn ein viel vernichtenderes Urteil gefällt werde, denn seine Soldaten!»<sup>8</sup>

Enderli, der die «Vorsintflutlichkeit» des aus der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts stammenden Militärstrafgesetzbuches beklagte, brachte das widerständige Verhalten der Verurteilten mit demjenigen des Kompaniekommandanten in Verbindung: «Oberleutnant Rudolf aber, der durch seine verächtliche Redensarten, durch sein brutales Wesen, durch seine systematisch ungehörige und verkehrte Behandlung die Leute fast zur Verzweiflung [...] und] ins Gefängnis gebracht hat, er geht frei aus, ohne Strafe! Weil das Militär-Strafgesetz wohl unter Strafe stellt, wenn ein Untergebener sich gegenüber einem Vorgesetzten oder Höheren vergeht, nicht aber, wenn es umgekehrt, wie hier der Fall ist!»<sup>9</sup>

Enderli, der als hervorragender Offizier galt, enthielt sich nicht nur gängiger Vorurteile und Stereotypen, sondern scheute sich auch nicht, auf die politische und militärische Seite auszuweichen: «Das ist die Züchtung des Antimilitarismus von oben! Darin liegt für unsere Landes-Wehrkraft die ungleich grössere Gefahr, denn in der Phrasenpropaganda der anarchistisch-antimilitaristischen Hetzer und Verführer; denn diese schweren, ungestraft bleibenden Verfehlungen von Offizieren verbittern die Herzen von hunderten und tausenden braver Soldaten. [...] Solche Sünder an der Sache der Verteidigung unseres Vaterlandes gehören vor allem hinaus aus der Armee.»<sup>10</sup>

Das «Volksrecht» und die «Berner Tagwacht» mochten nicht auf seine Betrachtungsweise eintreten,

sondern frönten auch in diesem Fall, der zur «Meuterei am Gotthard» aufgebauscht wurde, der einseitigen Offiziersschelte. Ganz anders General Wille: Er stellte die Richter des Divisionsgerichtes, Major Enderli und die Medienöffentlichkeit, das heisst die Presse, unter den schweren Verdacht der nicht wahrheits- und sachgetreuen Beurteilung des Falles. Er beauftragte deshalb den ihm vertrauten Staatsanwalt und Obersten Johann Jakob Merkli mit einer Untersuchung, um die Richter, Major Enderli sowie die Presse der Unwahrhaftigkeit zu überführen.

Diese Weiterungen des Straffalles «Meuterei am Gotthard» lassen sich vor dem Hintergrund dreier grundlegender, sich im Lauf des Aktivdienstes verschärfender Problemlagen darstellen: *erstens* der Zuspitzung der Disziplinproblematik und der Widerwärtigkeiten des Dienstbetriebs, *zweitens* des Kampfes um das Bild der Armee in der Presse und *drittens* der sozialen Stellung des Offizierskorps.<sup>11</sup>

### **Aktivdienst und Disziplin: Ulrich Wille, Soldatenerziehung und Offiziersautorität**

Welch hoher Stellenwert der Disziplinfrage und damit der Frage nach dem Kampfwert der Miliztruppen zukam, zeigen die zahlreichen von General Wille erlassenen Befehle, Weisungen, Memoriale und Schreiben an die Direktunterstellten zu Fragen der Erziehung, Pflichtauffassung und Ausbildung der Truppen. Nach einer Kaskade im August und September 1914 sind es bis zum «Befehl zur Soldatenerziehung» im Juni 1918 über ein Dutzend Erlasse, die sich mit dem Thema «Disziplinlosigkeit» und «Disziplinierung» befassen.<sup>12</sup> Disziplinierte soldatische Pflichterfüllung aller Dienstgrade war für Wille nicht nur die Einlösung seiner staats- und geschichtsphilosophisch basierten Normen und Werte einer männlich erzogenen Männernation, sondern bildete auch die Grundlage seiner strategisch-operativen Vorstellungen, wie einem Angriff auf die Schweiz zu begegnen sei. Grundlage hierfür bildeten agile, disziplinierte, technisch solide ausgebildete und schneidig kommandierte Truppen. Wille hielt dies mit Miliztruppen für machbar, wenn sie sich einer straffen Erziehung und Ausbildung unterzogen. Bewaffnung und Ausrüstung hielt er hingegen für sekundär.<sup>13</sup> Seit den 1890er-Jahren kämpfte Wille mit wachsendem Erfolg für diese «Doktrin» der Kampfführung, im Aktivdienst 1914–1918 sollte er sich dabei (fast) die Zähne ausbeissen.

Neben der Kaskade an zunehmend aufgeregteren Erlassen zur Aufrechterhaltung von Disziplin und Subordination muss die Zahl von über 1500 In-





12



13





14



15



16

12

Bei den ländlichen Truppen – wie hier im Simplongebiet – gehörte Schwingen zu den beliebten Veranstaltungen des Zeitvertreibs und der körperlichen Ertüchtigung.

13

Während und nach dem Ersten Weltkrieg wandelte sich Fussball vom akademisch-städtischen Sportvergnügen zum populären Mannschaftssport, dem auch im Dienst – wie hier in Mendrisio – nachgegangen wurde.

14

Als seltene Exerzierübung wurde auch Bajonett-Fechten geübt. Fotografie vom November 1915 in der Nähe von Ascona.

15

Die Kavallerie- und Gebirgsmitrailleure gehörten zu den Elitetruppen der Schweizer Armee. Insbesondere die Gotthardmitrailleure zeigten nicht nur Stolz, sondern auch Eigensinn.

16

Nachdem auf den Kriegsschauplätzen mit unterschiedlichem Erfolg Kampfgase eingesetzt wurden, musste sich auch die Schweizer Armee mit dem Schutz vor diesem Kampfmittel vertraut machen.



17a



17b

subordinationen und über 40 Meutereien, die während des Aktivdienstes durch die Militärjustiz zu beurteilen waren, als Symptom gravierender Missstände interpretiert werden.<sup>14</sup> Dazu kommen Tausende von Disziplinarstrafen, die durch die Truppenkommandanten ausgefällt wurden. Diesen Zahlen sind die Truppenbestände entgegenzustellen: Durchschnittlich waren ungefähr 70 000 Mann unter den Fahnen, maximal 238 000 im August 1914, minimal 12 000 im Dezember 1918. Der einzelne Soldat leistete zwischen 550 und 600 (in der Kavallerie 400 bis 450) Tage Aktivdienst. Es ist davon auszugehen, dass knapp über zwei Prozent der Aufgebotenen wegen Insubordination und

ähnlichen Delikten verurteilt und wenig über zehn Prozent disziplinarisch bestraft wurden. Dies belegt, dass der Dienst- und Ausbildungsbetrieb zwar keine flächendeckende Problemlage, aber eine ätzende Schwachstelle war, welche in der Presse generalisiert und skandalisiert werden konnte. Nicht nur die Ansichten über den Sinn und die Anwendungsweise des Drills gingen auseinander. Auch über die Auffassung der militärischen Soldaten- und Offiziersrolle sowie die Vorstellung, wie Staatsbürgersoldaten und Staatsbürgeroffiziere miteinander umgehen sollten, bestanden grosse Differenzen, wie die «Meuterei am Gotthard» sichtbar machte.

17a

Während des ganzen Aktivdienstes hielt der Oberbefehlshaber der Milizarmee, Ulrich Wille, an seinen preussisch-deutsch gefärbten militärischen Prinzipien und Erziehungsgrundsätzen fest und scheute keinen Konflikt mit politischen Behörden und militärischen Untergebenen.

17b

Rechtsanwalt, Major Hans Enderli, Verteidiger der angeklagten Unteroffiziere und von Füsilier Zahnd, veröffentlichte im «Grütli» einen Artikel mit dem Titel «Antimilitarismus unten – Antimilitarismus oben», in dem er den fehlbaren, aber nicht bestrafbaren Oberleutnant Rudolf benannte. General Wille versuchte darauf, ihn vom Kommando absetzen zu lassen.





# L'Arbalète

JOURNAL SATIRIQUE SUISSE — ILLUSTRÉ — BI-MENSUEL

ABONNEMENT : Un an 7 fr. Six mois 4 fr. Trois mois 2 fr. 50.

LES PÈRES ET LES FILS. I.

Dessin de EDM. BILLE.



LE SOLDAT : Est-ce qu'ils faisaient du Drill, ceux-là ? !

3

«In der Zeit vor dem Weltkrieg und der Mobilisation des schweizerischen Heeres fristete die Militärjustiz während langer Jahre ein bescheidenes Dasein. In ihre Wirksamkeit hatten wenige Einblick, und nur selten, wenn ein besonderes Aufsehen erregender Fall zur Verhandlung stand, beschäftigten sich weitere Volkskreise mit ihr. Das ist seit August 1914 mit einem Schlage anders geworden.»<sup>15</sup> Der Bundesrat, der diese Worte Ende 1918 – wenige Wochen nach Beendigung der Mobilmachung – ans Parlament richtete, musste diesem eingestehen, dass die politische Führung zu Beginn des Kriegs nicht nur überrascht, sondern auch völlig unvorbereitet darauf gewesen war, was die Mobilmachung für die Militärjustiz bedeutete. Ebenso wenig hatte er vorausgesehen, dass nach Beendigung des Aktivdienstes Tausende von Schweizern und Hunderte von Schweizerinnen kriegsgerichtlich verurteilt worden sein werden, ohne zuvor mit dem Gesetz in Konflikt gekommen zu sein. Und es mag als Ironie der Geschichte gelten, dass ausgerechnet der häufig als volksfern wahrgenommene General Ulrich Wille als Einziger die Härten der Militärjustiz während der gesamten Mobilmachung zu lindern vermochte. Der umstrittene Oberbefehlshaber hatte als einzige Begnadigungsinstanz die Möglichkeit, die Verurteilten aus der Haft zu entlassen und sie vor einer weiteren wirtschaftlichen – und meist auch sozialen – Not zu bewahren.

### Ein erweiterter Geltungsbereich ...

Mit der Mobilmachung vom 3. August 1914 traten 250 000 Wehrmänner unter die Fahnen. Damit wurde der militärischen Gerichtsbarkeit eine Viertelmillion männliche Staatsbürger unterstellt, welche zuvor – bis auf die Rekrutenschule und die Wiederholungskurse – nur den kantonalen bürgerlichen Gerichten unterstellt gewesen waren. Darüber hinaus unterstanden mit sofortiger Wirkung nun auch Frauen und Zivilisten dem Kriegsstrafrecht. Die Grundlage dafür lag in der «Verordnung betreffend Strafbestimmungen für den Kriegszustand»<sup>16</sup> vom 6. August 1914, die wiederum auf dem Vollmachtenbeschluss und den Notverordnungen vom 3. August 1914 beruhte. Weil die Verordnung vom 6. August 1914 generalklauselartig formuliert worden war, dehnte sich der Kreis derjenigen, die unter das Kriegsstrafrecht fallen

konnten, faktisch auf die gesamte erwachsene Schweizer Bevölkerung aus. Doch nicht nur der Höchststand an Mobilisierten und die Ausdehnung des Geltungsbereichs auf Zivilpersonen führten im Verlauf des Kriegs zu mehr als 20 000 militärjuristisch zu beurteilenden Fällen. Es war auch das Militärstrafgesetz selbst, welches aus dem frühen 19. Jahrhundert stammte und damit den militärischen, politischen und sozialen Realitäten und Anforderungen nicht mehr gerecht werden konnte – schon gar nicht für den Aktivdienst, der darin keine Erwähnung fand.

### ... und ein veraltetes Gesetz

Das im August 1914 geltende Militärstrafgesetz war 63 Jahre zuvor in Kraft getreten – als Überarbeitung der Strafgesetzgebung für Schweizertruppen in fremden Diensten von 1806. Die Kriegsgerichte mussten demnach während des Aktivdienstes aufgrund von Gesetzesartikeln und mit Strafmassen richten, die ursprünglich für straffällige Söldner gegolten hatten. Die Tatsache, dass das Militärstrafgesetz von 1851 ein äusserst hartes, schwer umsetzbares, fehlerhaftes und unvollständiges Regelwerk darstellte, war dem Gesetzgeber bereits 1884 bewusst gewesen, als man den Strafprozessteil ausgegliedert hatte. Das veraltete Militärstrafgesetz wurde vor allem aufgrund seiner hohen und nicht einheitlichen Strafminima breit abgelehnt. So wurden beispielsweise bereits geringste Diebstahldelikte mit «mindestens halbjähriger Gefängnisstrafe» geahndet, während Schwerstverbrechen – wie beispielsweise Verrat der Eidgenossenschaft an eine fremde Kriegsmacht – mit Zuchthaus bestraft wurden und bereits nach einem Jahr verjährten.

### Ulrich Wille als Gnadenherr

Das Militärstrafgesetz führte nicht nur zu chronisch überlasteten Divisionsgerichten, sondern auch zu heftigem, oftmals medial begleitetem Widerstand gegen die Militärjustiz. Unter anderem reichten die Sozialdemokraten im August 1916 eine Initiative zur Aufhebung der Militärjustiz ein, die allerdings erst 1921 zur Abstimmung gelangte. Auch General Ulrich Wille, der bereits vor seiner Wahl zum General ein Kritiker der Militärgerichtsbarkeit gewesen war, verurteilte das veraltete Militärstrafgesetz. Mit

dessen Folgen kam er nun täglich in Berührung, wie er in einem Bericht über den Aktivdienst bereits 1919 feststellte: «Soweit es galt, Härten des alten Militärstrafgesetzes zu mildern, so geschah es in vollem Umfange durch weitgehende Anwendung der Begnadigung. Dies Vorrecht meiner Stellung beanspruchte mich oft mehr, als es vielleicht im Interesse anderer Obliegenheiten lag, aber der Öffentlichkeit war ich es schuldig, den Verurteilten, die so oft als Opfer der allen zur Last fallenden Schlampigkeit gefehlt hatten, die Wohltat der Begnadigung zu teil werden zu lassen.»<sup>17</sup> Als Oberbefehlshaber konnte er durch

seine Gnadenkompetenz als Einziger die Härten des Gesetzes mildern. Und so begutachtete er Tausende von Justizakten und hatte wöchentlich über Dutzende von Gnadenbriefen von Verurteilten und deren Angehörigen zu urteilen. Der preussisch-deutsch gesinnte General liess durchaus Milde und Nachsicht walten, es sei denn, die Offiziersautorität und die Disziplin der Soldaten standen seiner Ansicht nach auf dem Spiel.

Lea Moliterni Eberle





19

Die Grundproblematik, die sich auch hier zeigte, war eine Auffassung des Soldaten und Offiziers, die mit dem Status des Staatsbürgers und des mündigen Individuums nicht kompatibel war. Wille forderte eine permanente mentale Achtungsstellung des Soldaten und einen permanenten Befehlshabitus des Offiziers. Der Soldat sollte durch «moralische Erziehung zur Zuverlässigkeit» jederzeit verfügbar gemacht werden und sich dem Offizier in seinem ganzen physisch-mental Dasein hingeben: «Ein Soldatenerzieher, der eine Unregelmässigkeit in der Haltung eines vor ihm stehenden Mannes beobachtet, muss unbewusst im Blick und der ganzen Haltung des Mannes fühlen, ob der Mann unter Anspannung jedes Muskels, jeder Faser dasteht als ein Mann, der sein Bestes leisten will.»<sup>18</sup> Dies gab Wille den Offizieren Anfang 1915 zu bedenken. Mit dem Blick in die Augen und auf den Körper des Soldaten sollte dessen Bereitschaft zur selbstgewollten Unterwerfung erkannt werden. Pflichterfüllung wurde zum Schlüsselwert dieser physisch-mental Erziehung. Wer diese Fähigkeit als Offizier nicht entwickelte, disqualifizierte sich als Truppenführer: «[...] die Persönlichkeit des Führers ist entscheidend für die soldatische Tüchtigkeit der Truppe.»

An diesem Anspruch scheiterte das Erziehungs- und Führungskonzept der Neuen Richtung Ulrich Willes immer wieder. Die Behandlung der Wehrpflichtigen als Erziehungsobjekte musste Widerstand her-

19

Diese Studioaufnahme bringt zum Ausdruck, was mit Erziehungsdrill erreicht werden sollte: Appell. Die gespannte Aufmerksamkeit des Soldaten sollte ermöglichen, im Gefecht aktionsfähig zu bleiben und auf die Befehle der Vorgesetzten reflexartig zu reagieren.

vorrufen, nicht nur auf dem Drillplatz. Viele Offiziere waren überfordert, die mental-physische Zurichtung der Mitbürger vorzunehmen, sich glaubwürdig durchzusetzen, und flüchteten in formales Schikanieren und Distanzgehebe, was ihre Offiziersautorität in Frage stellte und bisweilen zu noch mehr Widerstand führte. Vor diesem Hintergrund war für den General die Aufrechterhaltung der Offiziersautorität bei allen Konflikten des Truppenalltags und der Ausbildung das höchste Gut, das es zu schützen galt.

### **Druck auf die Militärjustiz, die Presse und Major Enderli**

Unter diesem Aspekt ist es nicht verwunderlich, dass sich General Wille persönlich mit der «Meuterei am Gotthard» befasste und dabei in Rage geriet. Zum einen hielt er das Strafmass für zu gering: «Die Angeklagten haben eine Strafe bekommen, die lächerlich gering und geradezu eine Verhöhnung der Pflichten des Gerichts, militärische Disziplin und Ordnung aufrecht zu erhalten, bedeutet.»<sup>19</sup> Er verlangte die Absetzung der Richter und beschied der Regierung des Kantons Uri, die sich für seine unbescholtenen, lediglich in der «Teufelsbrücke» versumpften Landsleute einsetzte: Die Verurteilten seien mit Strafen belegt worden, «deren Milde in gar keinem Verhältnis steht zur Schwere ihres Vergehens. Im demokratischen Frankreich wären die meisten der Verurteilten fusiliert worden und im Militärstaat Preussen hätten sie langjährige Kerkerstrafen erhalten.»<sup>20</sup> Die Anschuldigungen gegenüber Oberleutnant Rudolf hielt er für «gänzlich grundlos».

Nicht minder brachte ihn die Intervention des Kommandanten der Fahrennden Mitrailleure-Abteilung 5 zur Weissglut. Major Enderli sei «weit über das Mass dessen hinausgegangen, was sich ein Offizier erlauben [...] dürfe», und habe «der Vorgesetztenautorität schweren Schaden zu[gel]fügt», was «sich mit den Pflichten der Offiziersstellung nicht vereinigen» lasse. Er beauftragte den direkten Vorgesetzten von Enderli, Oberstdivisionär Steinbuch, die «Angelegenheit auf eine taktvolle, befriedigende Art, die mir erspart, gegen den Major Enderli vorzugehen», zu regeln. Enderli sollte dazu gedrängt werden, um Entlassung nachzukommen, denn Wille war klarsichtig genug, bei einer Ent-

lassung die Öffentlichkeit gegen sich zu haben: «Wenn wir [...] Herrn Enderli für seine gänzlich unqualifizierte Tat massregeln, so haben wir die ganze Welt gegen uns.»<sup>21</sup> Eine Untersuchung des in seinem Geiste wirkenden Oberst Merkli sollte es deshalb ermöglichen, Enderli kaltzustellen und in der Presse die Unschuld von Rudolf zu beweisen.

Gerade weil Enderli als untadeliger, angesehener Offizier und Kommandant galt, tat sich Steinbuch jedoch schwer, gegen ihn vorzugehen, und verlegte sich auf eine politische Argumentation. Major Enderli habe die Tendenz, «[...] seinem impulsiven Sozialisten-Herzen zu folgen und überall Vergewaltigung des unterdrückten Volkes zu vermuten».<sup>22</sup> Seine Eignung als Offizier und verantwortlicher Truppenkommandant wurde «ernstlich in Frage gestellt», war Enderli von Beruf doch «Inhaber eines Advokaturbureaus im Arbeiterviertel, Inhaber eines Pressebureaus und ultrademokratischer, volksbeglückender Berufspolitiker». Als treuer Wille-Schüler stellte Steinbuch den Offiziersstatus in militaristisch-ständischer Weise – und in Verkehrung des Milizprinzips – über den Staatsbürgerstatus und beantragte die vorläufige Absetzung Enderlis vom Kommando. Gegenüber Enderli mochte er die politische Argumentation nicht direkt zu verwenden, sondern flüchtete sich in eine ständische Anstandsargumentation: «Was für einen Offizier in meinen Augen unanständig ist, ist es auch für jeden Bürger [...]. Das Vorgehen ist doppelt unanständig, wenn der Bürger dank seiner Stellung als Offizier eine vermehrte Einsicht in die Verhältnisse besitzt und eine vermehrte Kenntnis der Mittel und Wege, wie er sein Ziel erreichen kann, ohne der Armee und dem General die schon an und für sich schwierige Arbeit zu erschweren. Sie haben aus Partei-Interesse und persönlichem Interesse als Politiker gehandelt.»<sup>23</sup> Dass Enderli sich dezidiert gegen die Offiziers-Verhetzung der «Berner Tagwacht» und des «Volksrechts» gewandt hatte, vermochte den Divisionskommandanten nicht zu beeindrucken. Im Einklang mit dem Oberbefehlshaber war ihm die öffentliche Aufrechterhaltung der Offiziersautorität eines Offiziers der Neuen Richtung wichtiger, als über den eigenen Schatten zu springen und diesen zu massregeln. Etwas spät nahm der General auch die Beurteilungen des Kommandanten der Gotthard-Besatzung und dessen Unterstellten zur Kenntnis, die ein zweifelhaftes Bild von Oberleutnant Rudolf zeichneten: «Fehlende Energie, kein Takt, wenig Ernst sind die Merkmale [seines] Auftretens. Vor seinen beiden Schulkommandanten verstand es Oberlt. Rudolf diese Mängel durch äusseren Schneid zu ver-

decken.»<sup>24</sup> Ein Schulkommandant qualifizierte ihn gar als «Blender». Damit erhärteten sich die Einschätzungen Enderlis. Er sollte sein Bataillonskommando auch 1918 ausüben.

Das vielfältige Reden über die strafbaren Handlungen der Soldaten und Unteroffiziere, ihre Motivationen und das Verhalten eines schneidigen Offiziers zeigten die mannigfachen Muster der Einordnung und Interpretation, der Diagnose und Therapie, mit welchen die zahlreichen Insubordinationsfälle kommentiert wurden. Die Meuterei, welche laut Strafrechtsurteil genau aus einem Mann bestand, wurde im militärinternen und öffentlichen Diskurs zur «Meuterei am Gotthard» und damit zur Projektionsfläche. Die Ereignisse wurden so zum Gegenstand eines dauernden Kampfes um die interne und externe Deutungshoheit über das Verhalten von Soldaten und Offizieren in der Armee.

### **Der Kampf um die Deutungshoheit in der Medienöffentlichkeit**

Der vom General bei Oberst Merkli bestellte Bericht sollte darlegen, dass es keinen Zusammenhang zwischen dem strafbaren Verhalten der Verurteilten und demjenigen von Oberleutnant Rudolf gab und dass diesem kein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen werden konnte. Merkli hatte keine Mühe, dem Anliegen nachzukommen und alle Probleme dem «bösen Geist», welcher seit Jahrzehnten im Urner Bataillon herrsche, und der «gefährlichen und landesverräterischen Propaganda des Antimilitarismus» zuzuschreiben. Im letzten Punkt traf er sich mit Major Enderli; Merkli sah in der Affäre jedoch «Symptome, deren Bedenklichkeit und Gefährlichkeit nicht verkannt werden sollten».<sup>25</sup> Man solle sich nicht «durch die heuchlerische Art, welche unterm scheinheiligen Mantel der Fürsorge für die Armee das wirkliche Ziel der Antimilitarisierung und der Zerstörung des geordneten Staates» anstrebe, blenden lassen. Merkli verzichtete darauf, auf die wirklich angefallenen Probleme und das zweifelhafte Verhalten des Oberleutnants einzutreten. Antimilitarismus kam für ihn nur von unten. Unter dem Eindruck der linken Skandalisierung der Armee und der zunehmenden Revolutionsrhetorik sah Merkli bereits Anzeichen einer Zersetzung der Armee und des Staates heraufziehen. Für ihn war eine unabhängige Position in Armeefragen jenseits von Klassenkampfpositionen deshalb nicht mehr möglich. An General Wille schrieb er, dass Enderli «gerade wegen seiner politischen Stellung zur Armeefrage sich von seiner Partei trennen müsste, um zur Armee zu gehören!».<sup>26</sup>





20



In der zeitgenössischen Erinnerung ist die Mobilmachung der Schweizer Armee während des Ersten Weltkriegs als «Grenzbesetzung 14/18» ins historische Bewusstsein eingegangen. Dies deshalb, weil die aufgebauten Truppen grösstenteils im Grenzraum standen, um bei einem Angriff ersten Widerstand zu leisten und ganz allgemein die Neutralität des schweizerischen Territoriums durchzusetzen. Militärrechtlich war es ein «Aktivdienst», das heisst, die Truppen waren nicht nur zur Ausbildung aufgebaut, sondern hatten bei einer mit Gewalt geführten Gefährdung der Souveränität und der verfassungsmässigen Rechte auch zu intervenieren und allenfalls den Kampf zu führen.

Im Gegensatz zur Mobilmachung, die minutiös vorbereitet war und reibungslos klappte, wurde mit Absicht und Bedacht auf eine Operationsplanung der Kampfführung verzichtet. Der Oberbefehlshaber sollte ohne alle vorbereiteten Schemen im Kopf bei Bedarf situativ ein Kampfdispositiv ansetzen. Grundüberlegungen zur Umsetzung der strategischen Defensive lassen sich gleichwohl erkennen: Die Grenztruppen sollten einen auf Schweizer Territorium eingedrungenen Gegner hinhalten, bis sich das Gros der Armee zusammen mit einem Allianzpartner dem Hauptkampf stellte. Dieses strategisch defensive, aber operativ-taktisch offensive Vorgehen erforderte einen hohen Ausbildungsstand des einzelnen Soldaten und der Truppenformationen – eine Zielsetzung, die Wille seit Jahrzehnten verfolgte und auch während des Aktivdienstes eisern durchzusetzen versuchte.

Der zur Erreichung einer «kriegsgenügenden» Ausbildung der Soldaten und Truppen eingesetzte

Erziehungsdrill führte seit 1915 zu einer anhaltenden Drill- und Offizierskontroverse. Der angestrebte «Appell» der Soldaten und die Kultivierung einer autoritären «Adresse» der Offiziere wurde von der Mehrheit der Truppe, einem Grossteil der Presse und mehrheitlich von der Öffentlichkeit abgelehnt. Zusammen mit schlechten Truppenunterkünften, langweiligen Wachtdiensten, überlangen Dienstperioden und nicht ausreichender Besoldung ohne Lohnersatz ergab sich in der Truppe eine legitime, immer brisantere Grundstimmung. Die bereits vor dem Krieg heftig diskutierte und umkämpfte Frage, ob die Armee zur Ergänzung der Polizei für Ordnungsdienste bei Streiks herbeigezogen werden dürfe, spitzte sich nach 1917 zu und erreichte im November 1918 während des Generalstreiks einen Höhepunkt. Größere Zusammenstösse mit der Truppe bildeten die Ausnahme; in Zürich wurden jedoch ein Soldat und in Grenchen nach angekündigtem Streikabbruch – infolge Provokation der Truppe und ungenügender Vorwarnung des Kommandierenden – drei Streikende erschossen. Der Aktivdienst hinterliess einen zwiespältigen Eindruck: Gross waren die Entbehrungen und Zumutungen an die Truppe, zu klein die Empathie und die Problemlösungsfähigkeit der Armeeführung. Trotzdem bildeten sich nach dem Krieg eine Vielzahl von Veteranenvereinigungen und eine lebendige Erinnerungskultur im Andenken an die «Grenzbesetzung 14/18».

Rudolf Jaun



21



22



23

21  
Am Hauenstein und bei Murten/Jolimont wurden im Verlauf des Kriegs oberirdische Befestigungen angelegt, um einen schnellen Durchbruch in die Landeshauptstadt Bern zu verhindern.

22  
Die Truppen waren meist auf engem Raum in behelfsmässigen Unterkünften untergebracht. Küchen und Waschanlagen befanden sich oftmals im Freien.

23  
Rauchen gehörte zum männlichen Militärhabitus. Soldaten und Unteroffiziere rauchten primär Pfeife, Offiziere eher Zigaretten.

24  
Ausserhalb der Truppenkantonnements wurde mit Gamellen, welche in die Glut der Feuerstellen gestellt wurden, abgekocht.





24

Der Bericht zeigt, welch eminenten Stellenwert die Skandalisierung von Vorfällen bei der Truppe im Lauf des Aktivdienstes einnahm und wie sie nach 1915 zu einer harschen ideologischen Politisierung der «Armeefrage» führte. General Wille benutzte den Bericht als Instrument in der Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über die Führungsprobleme in der Armee. Er liess den Bericht in 400 Exemplaren drucken und an alle Zeitungen senden, die der Kontrolle des Pressebüros des Armeestabs unterstanden. Dieses zentrale Pressekontrollbüro beim Armeestab war eingerichtet worden, um die Veröffentlichung militärischer Nachrichten zu vermeiden beziehungsweise unter Kontrolle zu halten. Interveniert wurde bei den Redaktionen, wenn sie über Truppenbestände, Standorte, Verschiebungen und insbesondere permanente Führungs-, Kampf- oder Logistikanlagen berichteten. Doch bald bemerkten die Argusaugen der zentralen und lokalen Pressebeobachtung, dass «harmlose Äusserungen über Standort oder Kommando einer Truppe den Verfasser vor Gericht bringen konnten, während schwere Angriffe auf die Armee und zersetzende Propaganda unbestraft blieben».<sup>27</sup> General Wille und die Armeeführung versuchten diesem gesetzlich nicht zu ändernden «Übelstand» mit einem Pressebefehl abzuhelpfen, der besagte, dass Zeitungsartikel geprüft würden, wenn sie Klagen über Vorkommnisse in der Armee enthielten. War die Armeekritik berechtigt, wurden Massnahmen getroffen, um Wiederholungen zu vermeiden. Stellte sie sich jedoch «als unwahr oder in der Hauptsache übertrieben heraus, so wurde gegen die fehlbare Zeitung» vorgegangen. Das hinderte gewisse Organe aber nicht daran, «die Zustände in der Armee durch ihre Tonart anzuschwärzen».<sup>28</sup> Als sich die kritischen Arti-

kel mit Vorstössen im Parlament zu verbinden begannen, trat Ulrich Wille selbst auf den Plan. Er erliess am 14. November 1916 ein «Memorial über die Verunglimpfung des militärischen Dienstbetriebes in der Presse und im Ratssaal» und begann, selbstgefertigte Traktate oder Berichte, wie den von Oberst Merkli, in die Redaktionsstuben zu senden. Im Memorial gab Wille seiner durch nichts zu erschütternden Ansicht Ausdruck, dass sich das Schweizer Volk auch ohne Demokratie und ohne Pressefreiheit bedenkenlos der Probe des Kriegs zu stellen vermöge: «Ich bin zur Stunde noch ganz gleich wie seit 40 und noch mehr Jahren der Überzeugung, dass man mit unserem Volk ein kriegstüchtiges Heer herstellen kann; allein die Presse und viele Führer des Volkes stehen dem feindlich gegenüber, sie vergiften die Gesinnung des Volkes. [...] Es muss den Herren Volksvertreter bedeutet werden, dass selbst [wenn] alles das, was sie behaupten, über ungeziemende Behandlung der Mannschaft durch die Offiziere, über Überanstrengung etc. wahr ist, sie pflichtwidrig handeln, wenn sie dieses zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion machen und dadurch das Ansehen der militärischen Vorgesetzten beim Volk und bei ihren Untergebenen untergraben.»<sup>29</sup>

Diese in der Tat seit über 40 Jahren vertretene, wenig republikanische und freiheitliche Prinzipienfestigkeit war schwierig zu halten. Auch wenn die sozialdemokratische Presse mit der Militärkritik nicht allein war, beanspruchte sie dieses Kampffeld ausschliesslich für sich. So auch bei der «Meuterei am Gotthard» 1917, zu der das «Volksrecht» schrieb: «Die Sozialdemokratie und ihre Presse werden im Kampf gegen den volks- und demokratiefeindlichen Militarismus alleine bleiben.»<sup>30</sup> Die Skandalisierung des



Militärs und der Milizoffiziere sollte über 1918 hinaus ein wesentliches Element der sozialdemokratischen Stigmatisierung des Klassenfeindes bleiben.

### Die sozialistische Skandalisierung des Militärs

Zwischen 1915 und 1918 lässt sich in der sozialdemokratischen Presse ein Steigerungslauf der Skandalisierung der Schweizer Armee und ihres Oberbefehlshabers Ulrich Wille verfolgen. Nur schon die Durchsicht eines der sozialdemokratischen Leitblätter (der «Berner Tagwacht») zeigt, mit welcher Vehemenz die offensichtlichen Problemlagen der mobilisierten Milizarmee bewirtschaftet und zur permanenten Skandalisierungskampagne genutzt wurden. Als Gravitationszentren der Skandalisierung erwiesen sich das Subordinationsverhältnis von Offizieren und Soldaten sowie die militärische Ausbildung und Erziehung. Diese Problemfelder hatten schon vor der Mobilmachung der Armee im Rahmen des Streits zwischen der «Neuen Richtung» Ulrich Willes und der «Nationalen Richtung» im Offizierskorps zu zahlreichen Auseinandersetzungen geführt.<sup>31</sup> Die «Berner Tagwacht» eröffnete die Skandalisierungskampagne im Januar 1915 mit der Bemerkung: «Drill und sonstige Extravaganzen überspannter Herrchen bilden einen guten Teil der militärischen Skandalchronik. Die Grenzbesetzung hat diesen Dingen offenbar kein Ende gemacht. Unzählige Klagen laufen bei den Zeitungsredaktionen über die Erziehungsmethoden ein.»<sup>32</sup> Die Skandalisierung wurde durch echte und fingierte Soldatenbriefe und Zusendungen genährt. Als der Sohn des Generals, Ulrich Wille Junior, als Stabschef der 5. Division einen «Befehl» erliess, der die Autorität und den Führungseinfluss der Unteroffiziere stärken wollte und ihnen mehr Distanz zu den Mannschaften verordnete, geriet Robert Grimm in der «Berner Tagwacht» erstmals richtig in Fahrt: «In der Demokratie ist ein derartiger Befehl ein hanebüchener Unsinn. [...] Die Klassenscheidung, die sich im Gesellschaftsleben vollzog, wurde auf das Heerwesen übertragen. Kastengeist, Giglertum, Paradeschliff sind längst an der Tagesordnung bei den höheren Offizieren. Nun musste auch eine Mauer zwischen Unteroffizieren und Mannschaften errichtet werden. Der Gemeine soll fühlen, dass er eine Kreatur ist. Nicht Intelligenz, Fähigkeiten, Wissen und Tüchtigkeit seines Vorgesetzten sollen ihm Achtung einflössen, der Galon, der Gamaschenknopf, der baumwollene Handschuh ist es, vor dem man ihn auf die Knie zwingt. [Es ist] die blöde, lächerliche Nachäffung preussischer Methoden, die bewusste Schaffung einer neuen militärischen Kaste, die künstliche Erzeugung von Gegensätzen, die hundsföt-

tische Erniedrigung des gewöhnlichen Soldaten, die gewollte Züchtung eines Grössenwahns, dessen Ausflüsse heute mehr denn je als die schwerste Schädigung des Milizzwecks anerkannt wird.»<sup>33</sup> Diese bebenden Worte galten mehr den Offizieren, welche verdächtigt wurden, eine neue verhaltensdistinktive Gruppe zwischen den Mannschaftsdienstgraden und den Offizieren zu schaffen, als der Unteroffiziersproblematik, wie sie sich im Rahmen der Gotthard-Affäre gezeigt hatte. Die Deutung der Massnahmen als Ausfluss einer gesellschaftlichen Klassenscheidung, welche auf das Militär übergreife, musste die distinktiven Zeichen des Offiziersstatus und das Verhalten der Offiziere ins Zentrum der Kritik rücken. Immer wieder wurden Schmähreden gegen die Offiziersprivilegien in die Texte eingestreut, zuweilen auch in geballter Ladung. So etwa als der General zur Bekämpfung des Alkoholismus eine Polizeistunde für die Truppe, nicht aber für die Offiziere einführte: «Wir leben in einer Demokratie! Darum kaufen sich die Offiziere ihre Paradeuniform selber, darum bekommen sie einen fetten Sold, darum dürfen sie sich selber beköstigen, darum wählen sie sich ihr Kantonnement selber, und darum gibt es für sie keine Polizeistunde, darum wird ihnen das Recht zum Saufen zugestanden. So sorgt die Armeeführung tapfer dafür, dass die Klassenunterschiede nicht verwischen.»<sup>34</sup>

Im Verhalten der Offiziere wurde ein zunehmendes, aber nicht generell zu konstatierendes distanziert-überhebliches Gebaren gegeißelt: «Nie traten Anmassung, Kastengeist, Autoritätsdünkel, Gamaschenknopfdienst und Paradedrill stärker in Erscheinung, nie wurden sklavischerer Unterordnung, stillschweigender Kadavergehorsam gebieterischer gefordert als jetzt.»<sup>35</sup> Seit den 1890er-Jahren wurde dieses Offiziersgehaben mit der «Verpreussung» der Schweizer Armee durch Ulrich Wille in Zusammenhang gebracht. Grimm, welcher in der «Berner Tagwacht» der Skandalisierungskampagne eine unverkennbare Tonalität gab, tat sich insbesondere mit der Tatsache schwer, dass dem Oberkommandierenden von Gesetzes wegen eine Anzahl Kompetenzen zukamen, die in Friedenszeiten den zivilen Behörden oblagen. Unter den Kampfvokabeln «Militärdiktatur»

25

Der sozialdemokratische Nationalrat Robert Grimm führte in der Berner Tagwacht eine Skandalisierungskampagne gegen General Wille und das Offizierskorps, das er in vulgär-marxistischer Weise als Agenten der bourgeoisen Klasse darstellte. Karikatur aus dem «Nebelspalter» vom 4. Dezember 1915.



# Die militärische „Egalité“

(Srei nach Genosse Grimm)

(Zeichnung von J. S. Zoscootis.)



„Sehn Tage à 80 Kappen machi  
acht Branken, Herr Oberst!“



Der Leutnant beim Essen.



Bediene dich selbst!



„Jetzt häit' i bald vergäffe, daß dr Sapsstreich au für d' Offizier ischi.  
Schnell! Jetzt pressiert's aber!“



„Ich glaube laß, wo dere Sorte han ich meh überdies als d' Kamerade.  
Wenn das nu dr Grimm nüd erfahrt!“





26

und «Säbeldiktatur» bekämpfte er die Erhöhung von Truppenbeständen, die Bildung von neuen Truppenformationen und die vorsorglichen Truppenbereitstellungen für Ordnungsdiensteinsätze: «Nicht nur die grenzenlose Steigerung der militärischen Aufwendungen, mehr noch der Geist, das System, auf denen die ganze Herrlichkeit aufgebaut ist, mit einem Wort: die Verpreussung der Armee, haben in weitesten Kreisen tiefen Unmut erzeugt.»<sup>36</sup>

Zur «Militärdiktatur» wurde auch die Militärjustiz gezählt, die unter dem veralteten Militärstrafgesetzbuch von 1851 litt, aber nicht durchwegs gegen Unteroffiziere und Soldaten entschied, wie das Urteil zur «Meuterei am Gotthard» zeigt. Für die «Berner Tagwacht» war jedoch klar: «Offiziere spricht man frei, auch wenn es sich um unbestreitbare Verfehlungen handelt, einfache Soldaten werden wegen Bagatellen auf Monate hinaus ins Gefängnis geworfen.»<sup>37</sup> Zutreffender wäre jedoch die Bemerkung, dass Wille in der Militärjustiz ein Instrument sah, um Subordination und Offiziersautorität zu stärken und deshalb versuchte, Einfluss auf die Zusammensetzung der Gerichte zu nehmen oder Anklagen zu verhindern, um Problemlagen nicht öffentlich zu machen. Paradefall ist die 1917 nicht zur Anklage gekommene geringfügige Meuterei der Batterie 54.<sup>38</sup>

26

Karikatur aus der Westschweizer Satirezeitschrift «L'Arbalète» vom 15. April 1917. Hier wird das preussisch-deutsche Vorbild der «Neuen Richtung» als versteifter Götze in der Form einer Pickelhaube persifliert dem Schweizer Offiziere salutieren.

Grimm schreckte auch nicht davor zurück, General Wille direkt anzugreifen oder ihn latent zu stigmatisieren. Typisch für die Skandalisierungstexte Grimms ist die Darstellung Willes als «der grosse Herr mit einem noch grösseren Tagessold».<sup>39</sup> Damit transportierte er seine These von der Identität zivilgesellschaftlicher und militärischer Klassenbildung. In systematischer Weise kritisierte er die Empfänge des Generals bei den Kantonsregierungen und wies dabei immer auf die üppigen Mahlzeiten hin, welche der arbeitenden Bevölkerung vorenthalten würden. Er bargwöhnte die «Spritztouren des Generals» und die «Festessen», die ihm auf seiner «Paradetour geboten» würden, und brachte seine Kritik auf den ideologischen Punkt: «Die arbeitende Bevölkerung ist sich des furchtbaren Ernstes der Lage» längst bewusst; sie bezieht einen Lohn, der auch nicht annähernd den Gagen der Herren Offiziere entspricht, und sie hat auch keine Gelegenheit, den Jammer des Alltags ab und zu an vollbesetzten Bankett-Tafeln zu vergessen.»<sup>40</sup>

Solche Phraseologismen verweisen auf das diskursive Grundmuster, das den allermeisten linken Skandalisierungstexten unterlegt ist. Im Zusammenhang mit der Diskussion um eine weitere Unterstützung der Landesverteidigung durch die SPS in den



27

Jahren 1916/17 hat Grimm in seiner marxistisch geprägten Idiosynkrasie Elemente seiner immer wieder aufscheinenden Gedankengänge zusammengeführt und in seine sozialistischen Militärpolemiken integriert. Dabei ging er von der basalen Annahme aus: «Als einem Organ des Klassenstaates lebt der Klassengegensatz auch in der Armee.» Auch hier würden sich die ehernen Gesetze der Verschärfung der kapitalistischen Klassenverhältnisse durchsetzen: «Hier liegt der Schlüssel für die ganze Entwicklung der Armee in den letzten Jahren, soweit die Erziehungsfrage, das Verhältnis zwischen Galonierten und Gemeinen in Betracht kommt. [...] Das] moderne kapitalistische Verhältnis des befehlenden, dirigierenden, herrschenden Ausbeuters zum gehorchenden, duldenden Ausgebeuteten wurde in anderer Form auf die Armee übertragen.»<sup>41</sup> Bekämpften die Mehrzahl der Sozialdemokra-

ten strenge militärische Formen und Hierarchien als Ausdruck monarchisch-absolutistischer Herrschaft und hielten als Alternative an der Milizarmee der Staatsbürger fest, blendete Grimm den Milizcharakter der Armee aus und verlegte sich auf eine vulgärmarxistische Deutung der Schweizer Armee im Dienst der herrschenden kapitalistischen Klasse: «Militarismus und Klassenherrschaft stehen in einem so engen Zusammenhang, dass der eine ohne die andere nicht bekämpft werden kann.»<sup>42</sup> Grimm zeichnete sich sowohl durch seine unverkennbare Polemik im Tagesjournalismus wie durch seine klassentheoretischen Abhandlungen zum Militär aus; eine klassentheoretisch inspirierte Militärpolemik, die sich in der nicht-grütlianischen Linken breit durchsetzte und bei Manifestationen zelebriert wurde.<sup>43</sup>

27

Diese Postkarte des Westschweizer Karikaturisten Charles Clément weist aus nationaler Perspektive auf die Herkunft des preussisch-deutschen Erziehungsdrills hin, den General Wille während des ganzen Aktivdienstes eisern verteidigte.



An einer Manifestation der Berner SP rief Ernst Nobs<sup>44</sup> Anfang Dezember 1915 den Demonstranten zu: «Wer nicht mit der Rolle eines willenlosen Werkzeuges der heutigen militärischen Machthaber einverstanden ist, der muss sich als Soldat der Freiheit in die proletarische, die sozialistische Kampfesarmee einreihen lassen.» Der Kampf gegen die Schweizer Armee wurde damit als ein Beitrag zur Erlösung von der Klassenherrschaft des schweizerischen Bürgertums gedeutet und mit dem Aufruf zum proletarischen Klassenkampf verbunden. Zwar würden sich auch bürgerliche Kreise gegen die «militärische Reaktion» zur Wehr setzen, ein energischer Kampf dagegen sei jedoch nicht zu erwarten, wisse das Bürgertum doch genau, «dass mit dem Militarismus als bürgerlichem Klasseninstrument auch ihre kapitalistische Klassenherrschaft steht und fällt. [...] bis zu dem Tag, wo wir den Sieg des Menschlichkeitsgedankens verkünden können».<sup>45</sup>

Gerade diese auf Revolution und Erlösung gerichteten Aussagen waren es, die den grütlianischen Sozialdemokraten Enderli in seinem Artikel zur «Meuterei am Gotthard» dazu veranlassten, nicht nur den Antimilitarismus von oben anzuklagen. Es sei ihm darum gegangen, «zu zeigen, wie neuerdings das unverantwortungsvolle, verbrecherische, anarchistisch-antimilitaristische Treiben und Hetzen der sog. «offiziellen»

oder Patent-Sozialisten einem jungen, unreifen Mann derart den Kopf wirr gemacht» hätten, dass «er zu so arger Verfehlung kam, die ihm nun harte Strafe und einen Makel fürs ganze Leben eingebracht» hätten.<sup>46</sup> Major Enderli war das Gegenteil der von Grimm pauschalisierend angeklagten «Säbelrassler, Ultramilitaristen, Kriegsgurgeln, Militärbonzen, Galonierten, Säbelhelden», sondern gehörte zu den nicht wenigen Offizieren, die sich mit dem «System Wille» anlegten und in ihren Truppenkörpern für einen Ausbildungs- und Dienstbetrieb ohne Schikane und Überheblichkeiten sorgten. Unversöhnlich folgten jedoch Grimm und die zunehmend auf Antimilitarismus getrimmte Linke dem Grundsatz des Klassenkampfes. Ebenso unbeirrt und stur folgten General Wille und ein Grossteil des Offizierskorps dem Glauben, die Staatsbürgersoldaten im Namen des Kriegsgenügens mit Erziehungsdrill und Kultivierung der Offiziersautorität kriegstauglich zu machen. «Kampf der Klassen» beziehungsweise «Krieg der Nationen» stellten die unverrückbaren Glaubenssätze dar, die das Reden und Handeln von Robert Grimm und Ulrich Wille bestimmten. Die zum Neutralitätsschutz- und Ordnungsdienst aufgebotebene Aktivdienstarmee litt zwischen 1914 und 1918 nicht wenig an diesem «Antimilitarismus» von unten und oben.

- 1 Jaun, Schweizer Armee, 541.
- 2 Jaun, Preussen vor Augen, 133–253; Müller, Grütliverein, 773, sowie Degen, Robert Grimm, 142.
- 3 Jaun, Militärgewalt, 196.
- 4 Bundesarchiv (BAR) E 27 / 4528. Untersuchung der Meuterei in der Kp III/87 am Gotthard. Protokoll Divisionsgericht 5a, 24./25. Juli 1917.
- 5 BAR E 27 / 4528.
- 6 BAR E 27 / 4528.
- 7 BAR E 27 / 4528.
- 8 Enderli, Hans: Antimilitarismus unten – Antimilitarismus oben! In: Der Grütliener 28. 7. 1917.
- 9 Enderli, Antimilitarismus.
- 10 Enderli, Antimilitarismus.
- 11 Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1914/18, Bern 1923.
- 12 Kurz, Dokumente.
- 13 Jaun, Preussen vor Augen, 133–210.
- 14 Unter Meuterei wird hier ein militärjuristischer Tatbestand verstanden. Diese waren meist unspektakuläre kollektive Manifestationen, welche als Gesten des Widerwillens zu deuten sind. Dies gilt auch für die beiden andern in der zeitgenössischen Presse und der Historiografie bekannten Meutereifälle 1917 in Seewen SO und 1918 in Kloten. Thiriet, Meuterei; Gautschi, Landesstreik, 83.
- 15 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Volksbegehren betreffend Aufnahme eines Art. 58bis in die Bundesverfassung (Aufhebung Militärjustiz) vom 11. Dezember 1918. BBl 1918 V 661.
- 16 Verordnung betreffend Strafbestimmungen für den Kriegszustand vom 6. August 1914. AS 30, 370–372.
- 17 Wille, Ulrich: Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1914/1918. 3., unveränderte Auflage. Bern 1919, 46.
- 18 Grundsätze für das Verfahren bei der Rekrutenausbildung 18. 2. 1915. In: Kurz, Dokumente, 86. Dort auch folgende Zitate.
- 19 General an den Kommandanten 5. Division, 1. 8. 1917.
- 20 General an den Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri, 12. 9. 1917.
- 21 General an Oberstdivisionär Steinbuch, Kommandant 5. Division, 5. 8. 1917.
- 22 Kommandant 5. Division, Steinbuch, an General, 11. 8. 1917.
- 23 Kommandant 5. Division, Steinbuch, an Major Enderli, 11. 8. 1917.
- 24 Kommandant St. Gotthard-Besatzung, Biberstein, an General, 17. 10. 1917.
- 25 Bericht über die Meuterei am St. Gotthard vom Montag 4. Juni 1917, hg. vom Armeekommando der Eidgenössischen Armee, [Zürich] 1917.
- 26 Oberst Merkli an General, 31. 8. 1917.
- 27 Bericht Aktivdienst, 488.
- 28 Bericht Aktivdienst, 490.
- 29 Memorial über die Verunglimpfung des militärischen Dienstbetriebes in der Presse und im Ratssaal, November 1916. In Kurz, Dokumente, 157.
- 30 Volksrecht 21. 8. 1917.
- 31 Jaun, Preussen vor Augen, 133–253.
- 32 Berner Tagwacht 20. 1. 1915.
- 33 Berner Tagwacht 22. 7. 1915.
- 34 Berner Tagwacht 3. 5. 1915.
- 35 Berner Tagwacht 12. 11. 1915.
- 36 Berner Tagwacht 1. 9. 1915.
- 37 Berner Tagwacht 14. 3. 1916.
- 38 Thiriet, Meuterei
- 39 Berner Tagwacht 17. 11. 1916.
- 40 Berner Tagwacht 14. 9. 1915.
- 41 Grimm, Robert: Die Militärfrage. In: Neues Leben 7/8, 1916, 210.
- 42 Grimm, Militärfrage, 210.
- 43 Zur Radikalisierung der Sozialdemokratischen Partei in der Armeefrage und der damit verbundenen Agitation, siehe Greter, Sozialdemokratische Militärpolitik.
- 44 Seit 1915 Redaktor der sozialdemokratischen Tagesszeitung Volksrecht in Zürich. Später SP-Regierungsrat und Stadtpräsident in Zürich sowie erster SP-Bundesrat. HLS, Bd. 9, 273.
- 45 Berner Tagwacht 6. 12. 1915.
- 46 Major Enderli an Oberstdivisionär Steinbuch, 2. 8. 1917.